

Ein Beitrag von Franz-Josef Brüggemeier über

Astrid M. Eckert: Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, VfZ 62, 2014/1, 69-99

Der Umweltgeschichte in Deutschland fällt es weiterhin schwer, Eingang in den historischen Mainstream zu finden. Die neueren Gesamtdarstellungen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und selbst der Jahre nach 1945 gehen darauf entweder gar nicht ein oder beschränken sich weithin auf die Umweltbewegung als Teil der neuen sozialen Bewegungen. Dieses Desinteresse überrascht, denn es gibt keinen Zweifel daran, dass der Umgang mit der Umwelt eines der wichtigsten Themen der jüngeren Geschichte ist. Zudem genießen deutsche Umwelthistoriker/innen international große Reputation, sie haben sich im Vergleich als besonders produktiv und innovativ erwiesen und bekleiden in Europa eine führende Position.

Allmählich allerdings bessert sich die Situation, die Zunft und ihre Zeitschriften öffnen sich mehr und mehr diesem Thema. Dazu zählen auch die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, die mit dem Beitrag von Astrid M. Eckert an prominenter Stelle einen Aufsatz zur Umweltgeschichte abdruckt, der aus mehreren Gründen von Interesse ist. Er zeigt nachdrücklich, wie eng die noch junge Umweltgeschichte tatsächlich mit etablierten Bereichen der Geschichtsschreibung, hier der politischen und Institutionengeschichte, verbunden ist. Die Verfasserin untersucht die Belastung der Werra als Grenzfluss durch Emissionen aus der DDR und die Bemühungen auf beiden Seiten, etwas dagegen zu unternehmen (auf Seite der BRD) bzw. Probleme zu leugnen oder sich für nicht zuständig zu erklären (DDR). In den langjährigen Debatten über dieses Problem werden viele Merkmale deutlich, die auch auf anderen Gebieten deutsch-deutsche Gespräche kennzeichneten.

Auch in den Auseinandersetzungen über die Verschmutzung der Werra führte die Nicht-Anerkennung der DDR lange Zeit dazu, dass keine sinnvollen Gespräche stattfanden. Zudem leugneten Vertreter der DDR, durch Emissionen aus ihrem Staatsgebiet zu den Belastungen des Flusses beizutragen, sie versuchten stattdessen, Verursacher in der BRD zu finden bzw. die Gespräche auf andere Gebiete zu lenken, wo westdeutsche Betriebe Schäden auf dem Gebiet der DDR anrichteten. Besonders bemerkenswert – allerdings auch etwas absurd – war der Versuch, an die Stelle des international bereits etablierten Verursacherprinzips ein eigenes Konzept zu setzen, das Nutznießerprinzip. Demzufolge sollten nicht Verursacher die Kosten für

Gegenmaßnahmen übernehmen, sondern diejenigen, die einen Nutzen davon hatten, wenn Emissionen zurückgingen und – teilweise exorbitante – Belastungen abgebaut wurden.

Mit dieser Argumentation stand die DDR aber bald alleine, was jedoch wenig am konkreten Vorgehen änderte. Denn auch in diesem Fall fehlten die finanziellen Mittel, nennenswerte Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wie eng der Handlungsspielraum ab den 1970er Jahren wurde, zeigt der Beitrag nachdrücklich auf, wobei er im konkreten Fall auch deshalb besonders gering ausfiel, weil Umweltprobleme in der DDR ohnehin von nachgeordneter Bedeutung waren, zumal dann, wenn ihre Folgen vor allem jenseits der Grenze zutage traten. So erreichten die Folgen ein geradezu katastrophales Ausmaß, so dass Behörden und Politiker in der BRD sich bereit erklärten, einen Teil der Kosten zu übernehmen, was allerdings zu eigenen Auseinandersetzungen führte. Seitens der DDR bestand ein ausgeprägtes Interesse, die Arbeiten zwar selbst durchzuführen, aber in Westdevisen entlohnt zu werden – und sie nicht mit anderen Positionen zu verrechnen. Alternativ bestand die Hoffnung, Zugang zu westdeutscher Technologie und westlichem Know-how zu bekommen.

Die Verfasserin hat diese Gespräche und die verschiedenen Argumentationslinien präzise herausgearbeitet und überzeugend in den Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen und der Forschungsergebnisse zu vergleichbaren Themen eingebettet. Dabei entsprechen ihre Ausführungen einer breiten Strömung in der Umweltgeschichte, die Emissionen und deren Umweltauswirkungen behandelt, vor allem jedoch das Verhalten von Politikern, Behörden, Betroffenen oder Medien thematisiert und sich dadurch auf den erwähnten traditionellen Untersuchungsgebieten bewegt – was es noch schwerer macht, die eingangs erwähnten Berührungspunkte zu verstehen.

Die Verfasserin geht als Umwelthistorikerin aber auch über diese Themen und Ansätze hinaus und behandelt die tatsächlichen Auswirkungen der Emissionen auf die Werra und ihre Unterläufe. Diese erreichten ein verheerendes Ausmaß und gingen erst zurück, als nach 1989 ein großer Teil der verursachenden Produktion eingestellt wurde und endlich die erforderlichen Mittel zur Verfügung standen, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. In der Folge verbesserte sich die Wasserqualität erheblich, wenngleich weiterhin noch problematische Belastungen bestehen. Diese „Realgeschichte“ des Flusses, insbesondere die Fähigkeiten wie auch Grenzen, sich von jahrelanger Belastung zu erholen, hätten etwas ausführlicher behandelt werden können. Es ist zu wünschen, dass die Verfasserin in künftigen Arbeiten näher darauf eingeht, wie auch Personen, die zu ähnlichen Themen forschen. Hier liegt ein noch recht neues Untersuchungsgebiet der Umweltgeschichte, das unter dem Begriff „Resilienz“ in den letzten

Jahren eine große Karriere in den allgemeinen Umweltwissenschaften gemacht hat und gerade von den Sozial- und Geisteswissenschaften aufgegriffen wird. Ob und wie sie mit diesem Begriff arbeiten können, muss sich erweisen. Doch wenn er hilft, Umweltgeschichte und allgemeine Geschichte enger miteinander zu verbinden, würde er eine wichtige Aufgabe erfüllen.

Vielleicht stammen dann Beiträge zur Umweltgeschichte in den VfZ nicht mehr von Historikerinnen, die in den USA arbeiten wie Astrid M. Eckert. Im konkreten Fall mag dies ein bloßer Zufall sein, doch zugleich verweist er darauf, dass an amerikanischen Universitäten die Umweltgeschichte seit Jahren fest etabliert und im Mainstream angekommen ist. Die deutsche Umweltgeschichte hinkt in dieser Frage noch hinterher, allerdings vorwiegend im eigenen Land, nicht hingegen in ihrer internationalen Anerkennung.